

# 5 Handelspolitik sozial und ökologisch gestalten

## Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern werden Sie sich für eine sozial- und umweltgerechte Handelspolitik einsetzen, die kohärent zu entwicklungspolitischen Zielen ist?
- 2 Was muss am dringendsten in der aktuellen Ausrichtung der Handelspolitik geändert werden?

## Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** möchte Handelsbeziehungen ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig gestalten.

**Bündnis 90/Die Grünen** wollen keinen Handelsabkommen zustimmen, die z.B. Schiedsgerichte für Investoren vorsehen und sich stattdessen für einen „demokratisch legitimierten EU-Handelsgerichtshof“ einsetzen. Die Sustainable Development Goals sollten die „Richtschnur“ für die Handelspolitik werden.

Die **CDU** setzt sich für Freihandelsabkommen sowohl bilateral als auch innerhalb der WTO ein. Aspekte, wie Augenmaß bei Schiedsgerichtbarkeit, Investitionsschutz, Umwelt- und Sozialstandards sind dabei nicht verhandelbar. Als Schlüsselaufgabe sieht die CDU eine Erhöhung der Transparenz an, um Vorurteile abzubauen.

Der **FDP** zufolge bedarf es erfolgreicher Kooperationen mit der Wirtschaft, um den globalen Handel besser für Länder des Globalen Südens zu nutzen. Nachhaltige Zukunftsperspektiven für Menschen im Globalen Süden entstehen nur bei erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung.

## Die Parteien im Wortlaut:

### SPD

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Teil der Bundesregierung und zahlreicher Landesregierungen sind uns unserer Verantwortung bewusst, die durch den Handel deutscher Unternehmen mit anderen Nationen entsteht. Wir möchten die Möglichkeit ergreifen, diese Handelsbeziehungen für alle Seiten ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig zu gestalten, ebenso wie die Bedingungen, unter denen diese zustande kommen.

Unser Ziel muss es sein, der Bundesrepublik und dem bundesdeutschen Außenhandel eine Vorbildfunktion zu verleihen. Daher setzen wir uns beispielweise bei öffentlichen Vergabeverfahren für gerechte Arbeitsbedingungen ein. Zusätzlich legen wir Wert auf die Vereinbarkeit von Wirtschafts- und Handelspolitik mit entwicklungspolitischen Zielen.

Ein richtiger Schritt aus unserer Sicht ist es, bei entstehenden bilateralen Beziehungen, auf sozial und ökologisch verträgliche Rahmenbedingungen Wert zu legen.

Eines der wichtigsten Problemfelder im Bereich der Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Ländern der Dritten Welt entsteht daraus, dass EU-Staaten durch die Ausfuhr von Lebensmitteln zu niedrigen Preisen regionale Produkte und Landwirte von den Märkten verdrängen und dadurch indirekt die Armut fördern – was in letzter Konsequenz eine von vielen Fluchtursachen sein kann.

Dieses Problem wollen wir in Zukunft auch im Rahmen der Landespolitik verstärkt angehen und uns für einen Handel einsetzen, von dem alle Beteiligten profitieren.

### Bündnis 90/Die Grünen

**Antwort 1:** Wir wollen die Globalisierung gerechter und ökologisch nachhaltiger gestalten. Dafür braucht es starke Regeln, die Umwelt, Beschäftigte und Verbraucher\*innen schützen. Wir setzen uns für Handelsabkommen ein, die transparent verhandelt werden und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind. Etablierte demokratische und rechtsstaatliche Institutionen dürfen nicht in Frage gestellt werden. Wir wollen einen fairen Handel, der Wirtschaft, Umwelt und Soziales in Einklang bringt. Nur fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder und stärkt Menschenrechte.

Im Bundesrat werden wir keinen Handelsabkommen zustimmen, die Klagerechte von Investoren gegen Staaten vor sogenannten Schiedsgerichten enthalten, die den Zugang zu Gütern der Daseinstorsorge einschränken, die Sozial- und Umweltstandards schwächen, ärmere Staaten benachteiligen oder die Selbstverwaltungsrechte der Kommunen beschneiden. Statt Schiedsgerichten streben wir einen demokratisch legitimierten EU-Handelsgerichtshof an. Wir GRÜNEN fordern daher einen Neustart der europäischen Handelspolitik.

**Antwort 2:** Die Handelspolitik muss endlich an sozialen und ökologischen Werten ausgerichtet werden. Die Sustainable Development Goals (SDG) müssen die Richtschnur der Handelspolitik werden, damit Armut und Hunger weltweit reduziert sowie das Klima wirksam geschützt werden kann. Weniger stark entwickelte Länder wie z.B. afrikanische Staaten müssen auch zukünftig ungestraft die Möglichkeit haben ihre Märkte vor billigen Exportprodukten aus Europa zu schützen.

### CDU

**Antwort 1:** Die CDU setzt sich für den Ausbau des Welthandels und die Sicherung fairer Handelsbedingungen ein. Einen wichtigen Beitrag hierzu leisten Freihandelsabkommen, sowohl zwischen der Europäischen Union und ihren Handelspartnern als auch innerhalb der Welthandelsorganisation WTO. Durch den Abbau von Zöllen und durch die gegenseitige Anerkennung von Normen und Zulassungsverfahren können die niedersächsischen Unternehmen nachhaltig wachsen. Wir werden den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen fördern und uns im Rahmen der Verhandlungen für die Interessen der Menschen in Niedersachsen stark machen.

Unsere hohen Standards im Umwelt-, Arbeits-, Verbraucher- und Datenschutz, die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge, Augenmaß bei Schiedsgerichtsbarkeit und Investitionsschutz sowie Transparenz und Einbindung der nationalen Parlamente stehen dabei nicht zur Disposition.

**Antwort 2:** Die CDU hält es für besonders wichtig, durch eine Erhöhung der Transparenz Bedenken der Verbraucher gegen den Freihandel abzubauen und die Vorteile für den Einzelnen stärker herauszuarbeiten. Insbesondere gilt dies für die Sicherung der hohen Standards innerhalb der EU, die in Verhandlungen über Freihandelsabkommen nicht zur Disposition stehen dürfen.

#### FDP

**Antwort 1:** Wir Freien Demokraten wollen die Chancen von Schwellen- und Entwicklungsländern für den globalen Handel besser nutzen. Die von uns begonnene erfolgreiche Kooperation mit der Wirtschaft ist ein wichtiges Instrument, um weltweit Entwicklung zu fördern. Nötig dafür ist eine konsequente Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik, die Chancen für Unternehmen in den Entwicklungsländern, aber auch für deutsche Unternehmen bietet.

**Antwort 2:** Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit zu mehr nachhaltiger Investitions- und Arbeitsplatzförderung. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft können die drängenden wirtschafts- und klimapolitischen Herausforderungen bewältigt werden. Wir fordern neue globale Partnerschaften und Projekte zwischen der deutschen und lokalen Privatwirtschaft in den Entwicklungsländern, insbesondere für mehr Beschäftigung. Nur eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung schafft nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Menschen in den betroffenen Regionen, um so auch weiteren Wanderbewegungen vorzubeugen. Dieser Weg muss in der zukünftigen Ausrichtung der Handelspolitik konsequent besritten werden.

#### Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Die deutsche und europäische Handelspolitik sollten eine von den SDGs abgeleitete Handelspolitik anstreben, die zur weltweiten Überwindung von Armut, Hunger und einem wirksamen Klimaschutz beitragen. Der VEN fordert die nächste Landesregierung daher auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine grundlegende Neuausrichtung der Handelspolitik einzusetzen. Dafür müssen Umwelt-, Sozial-, und Menschenrechtsstandards im Rahmen aller Handelsabkommen verbindlich und gleichgewichtig zu den Handelszielen festgeschrieben werden.